

Abg. Dr. Griese führte aus, es gehe in erster Linie darum, aufgrund steigender Schülerzahlen und vor dem Hintergrund der wiederholt dargelegten räumlichen Situation den konkreten Bedarf von Eltern und Schülern nach einer Ganztagsbetreuung zu ermitteln. Ziel sei ein Konzept, mit dem die Verwaltung strukturiert arbeiten könne und das belastbare Zahlen für die Haushaltsberatungen beinhalte.

Abg. Streng zeigte sich irritiert über den Antrag, da sie der Meinung sei, dass alle aufgeführten Punkte durch den Ausschuss bereits als Auftrag an die Verwaltung weitergegeben worden seien und dies in überfraktioneller Einigkeit.

Abg. Tandler erinnerte daran, dass über das Thema schon relativ lange in diesem Ausschuss beraten werde. Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Strukturen sei es wichtiger denn je, die offene Ganztagsbetreuung flächendeckend anzubieten. Wenn der Antrag jetzt helfe, die offene Ganztagsbetreuung an den Förderschulen auszubauen, dann finde das von seiner Seite aus vollste Unterstützung.

Abg. Solf erklärte, dass vor nicht allzu langer Zeit die weitere Existenz von Förderschulen landesweit und auch im Rhein-Sieg-Kreis nicht gesichert gewesen sei. Mit dem Antrag solle erreicht werden, die Notwendigkeit von Mehrausgaben darzustellen und das Bewusstsein der Finanzpolitiker aller Fraktionen für die Bedürfnisse der Eltern und Kinder für die fördernde offene Ganztagsbetreuung zu schärfen. Dafür sei jetzt der richtige Zeitpunkt.

Abg. Otter legte dar, dass der Bedarf von Eltern und Kindern nach einer Ganztagsbetreuung in seinen Augen bereits vor Jahren hätte erfüllt werden müssen. Das Argument, nunmehr von einer veränderten Rechtsgrundlage zu sprechen, könne er nicht nachvollziehen. Im Übrigen sei Schulentwicklungsplanung immer kurzlebig und unterliege raschen Veränderungen. Dazu gehöre auch die Schließung einzelner Standorte.

Abg. Kunert widersprach dieser Auffassung. Aufgrund der in der vorangegangenen Landtagswahlperiode bestehenden latenten Gefahr kurzfristiger Schließungen von Förderschulen seien keine langfristigen Planungen möglich gewesen. Erst mit dem durch den Regierungswechsel seit kurzem feststehenden Bestandsschutz für die Förderschulen sei eine neue Situation eingetreten, auf die es nun im Sinne der Eltern und Kinder zu reagieren gelte.

Abg. Deussen-Dopstadt wies darauf hin, dass in den politischen Gremien immer wieder Schwerpunkte gesetzt würden. Im vorliegenden Falle betreffe das die fördernde offene Ganztagsbetreuung. Da unabhängig von der Schulform der Bedarf erkennbar sei, werde mit dem Antrag der Auftrag einer umfassenden Analyse ausgesprochen, um diesen Bereich systematisch und strukturiert aufarbeiten zu können. Dies sei notwendig, um Vorgaben für die Haushaltsberatungen im nächsten Jahre zu erhalten, aber auch um gegebenenfalls kurzfristig räumliche Lösungen zu schaffen.

SkBin Rentzsch erklärte, für sie sei von besonderer Bedeutung, dass den Eltern überhaupt eine Wahlmöglichkeit geboten werde, den fördernden offenen Ganztags in Anspruch nehmen zu können. Gerade die bereits häufig angesprochenen Raumprobleme ließen eine nochmalige genauere Betrachtung und Prüfung der Situation an den Förderschulen angeraten erscheinen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Vorsitzende über den gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen abstimmen. Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: